

VEREINIGUNG VON FREUNDEN
DER TECHNISCHEN HOCHSCHULE ZU DARMSTADT E. V.
Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft

Bericht

über die 49. Hauptversammlung am 22. November 1974

Ort: Hörsaal I des Hans-Busch-Instituts der Technischen Hochschule Darmstadt

Beginn: 14.15 Uhr

Anwesend: Etwa 125 Mitglieder und Gäste

Einleitend nahm der Vorsitzende der Vereinigung, Herr Ehrensenator Dr.-Ing. Heinrich Toeller, das Wort:

Meine Damen und Herren!

Ich begrüße Sie im Namen des Vorstands sehr herzlich zur 49. Hauptversammlung unserer Vereinigung, deren Einladung form- und fristgerecht erfolgte. Ich freue mich, daß Sie unserer Einladung gefolgt sind, und stelle fest, daß die Hauptversammlung beschlußfähig ist. Zugleich darf ich Sie im Namen des Vorsitzenden unseres Vorstandsrates, Herrn Professor Humbach, zur heutigen Vorstandsratssitzung begrüßen. Es hat sich ja als sehr zweckmäßig erwiesen, daß wir beide Veranstaltungen gemeinsam durchführen. Mein besonderer Gruß gilt Herrn Oberbürgermeister Sabais, dem Präsidenten der Hochschule, Herrn Professor Böhme, und nicht zuletzt unserem verdienten Ehrenpräsidenten, Herrn Senator Büchner, sowie den Vertretern der Presse. Anschließend richtete Herr Oberbürgermeister Sabais folgende Begrüßungsworte an die Versammlung:

Herr Ehrenpräsident, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich bin in einer ganz anderen Lage als der von mir sehr geschätzte Präsident

der Technischen Hochschule. Für ihn ist dies eine verfrühte Weihnachtsfeier, auf der er Geschenke entgegennehmen kann. Ich bin hier, um Ihnen herzlich Guten Tag zu sagen. Mir schien es, daß Sie bei der augenblicklichen optischen Verfassung Darmstadts einige Worte der Ermunterung und Aufrichtung bedürfen. Darmstadt sieht nicht jeden Tag so traurig aus, wie Sie es zur Zeit anschauen, und es gibt Möglichkeiten, Ihnen heute noch wenigstens den Abend zu ver-süßen, auf die ich Sie aufmerksam machen möchte. Wenn Sie nicht dem Tanzvergnügen frönen wollen, es gibt im Theater den Fliegenden Holländer und ein Tanztheater. Wer also lieber Tänzer und Tänzerinnen sieht, als daß er sich selbst in dieser Weise, in dieser sehr gesunden Weise betätigt, dem empfehle ich, heute ins Theater zu gehen.

Meine Damen und Herren, wir schätzen Ihre Tätigkeit, wir schätzen Ihr Engagement für unsere Technische Hochschule, weil Sie nicht nur mit Förderung dort eingreifen, wo der Staat gelegentlich zu langsam erscheint, die Stadt überhaupt nicht erscheinen kann, sondern weil dies, wie ich glaube, auch eine Beziehung zur technischen Praxis begründet und belebt hält, die für eine Hochschule, die stark der Theorie zugewendet ist, von besonderer Bedeutung ist. Ich habe als Mitglied der Versammlung Ihre Spendenliste bereits durch-geschaut und möchte meine persönliche und ganz private Genugtuung darüber nicht verhehlen, daß Sie ein Kind bedacht haben, das mir sehr am Herzen liegt, nämlich die Akademische Fliegergruppe, die ja von sich aus größten persönlichen Einsatz und Opferbereitschaft an Zeit und Kraft mit in dieses Geschäft einbringt. Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen ertragreiche Beratungen und einen angenehmen Abend.

Der Vorsitzende dankte dem Oberbürgermeister für die netten Worte der Begrüßung und bat sodann Herrn Professor Humbach zu Punkt 1 der Tages-ordnung

Beratungen des Vorstandsrates

die Leitung der Versammlung zu übernehmen.

Eine Niederschrift über diese Vorstandsratssitzung erhalten alle Mitglieder der Vereinigung.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung

Eröffnung der Mitgliederversammlung und Bericht über das Vereinsjahr 1973/74

führte Herr Dr. Toeller folgendes aus:

Meine Damen und Herren!

Ich eröffne hiermit die Mitgliederversammlung. Bevor ich den Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr gebe, wollen wir derjenigen Mitglieder ehrend gedenken, die seit der Jahrestagung 1973 aus unseren Reihen geschieden sind. Es verstarben am:

die Vorstandsratsmitglieder

- 31. 12. 1973 Dr.-Ing. Hellmuth Ley, Frankfurt (Main)
- 29. 3. 1974 Dipl.-Ing. Ernst Nohl, Darmstadt

die Mitglieder

- 15. 11. 1973 Ehrensensator Christoph Kreickenbaum, Darmstadt
- 29. 11. 1973 Prof. Dr.-Ing. Karl O. Lange Lexington, Kentucky
- 16. 12. 1973 Prof. Dr. Dr. h. c. Hans Busch, Darmstadt
- 13. 2. 1974 Direktor Dipl.-Ing. Kurt Grissmer, Wiesbaden
- 23. 2. 1974 Ehrensensator Dipl.-Ing. Erich Mollberg, Hofgeismar
- 15. 3. 1974 Dr.-Ing. Karl-Heinz Hüser, Holzen
- 8. 4. 1974 Prof. Dr. jur. Dr. sc. pol. Kurt Timm, Darmstadt
- 12. 4. 1974 Dr.-Ing. E. h. Karl Schwärzler, Gauting
- April 1974 Dipl.-Chem. H. König, Kronberg
- 28. 4. 1974 Prof. Dr. med. et phil. Maria Dorer, Darmstadt
- 25. 6. 1974 Direktor Dr.-Ing. Adolf Gaube, Hofheim (Taunus)
- August 1974 Dr. jur. Adalbert Hoehn, Darmstadt
- 13. 9. 1974 Hanns Rinner, Darmstadt
- 22. 9. 1974 Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Winfried Schumann, München
- 16. 10. 1974 Prof. Dr.-Ing. Kurt Mayer, Darmstadt

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen erhoben. Ich danke Ihnen.

Zunächst möchte ich Ihnen einen Bericht über die Tätigkeit des Vorstands unserer Vereinigung seit unserer letzten Hauptversammlung geben:

Der Vorstand bzw. der engere Vorstand führte drei Sitzungen durch, und zwar am 4. 2., am 24. 6. und am 4. 10. 1974. Ein Hauptgegenstand unserer Besprechungen war die Frage, wie wir der rückläufigen Tendenz in der Mitgliederbewegung unserer Vereinigung, auf die ich vor einem Jahr näher eingegangen bin, mehr entgegenwirken können. Wir haben beschlossen, bei der regionalen Industrie, soweit sie noch nicht zu unserer Vereinigung gehört, systematisch eine Werbung durchzuführen. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftslage ist zur Zeit allerdings kaum mit einem größeren Erfolg zu rechnen. Wir haben deshalb dieses Vorhaben zurückgestellt, bis die Konjunkturkurve sich hoffentlich bald wieder nach oben bewegt.

Weiterhin haben wir die Professoren unserer Hochschule, soweit sie noch nicht Mitglied sind, angesprochen und mit dieser Aktion auch einen gewissen Erfolg erzielt. Wie ich schon vor einem Jahr an dieser Stelle sagte, können wir wohl erwarten, daß Professoren, die sich um Geldmittel für ihr Institut bei uns bemühen, durch eine persönliche Mitgliedschaft ein grundsätzliches Interesse an der Arbeit unserer Vereinigung zum Ausdruck bringen sollten. Es geht uns hierbei ja nicht so sehr um den nicht so hohen Beitrag für persönliche Mitglieder als vielmehr darum, daß alle Professoren dieser Hochschule uns in der Aufgabe unterstützen, einen möglichst guten Kontakt zwischen Hochschule und Wirtschaft herzustellen zum Nutzen beider Seiten, und zwar sowohl im Bereich der Ausbildung als auch im Bereich der Forschung.

In den Sitzungen des Vorstands haben wir auch über die Gestaltung unserer diesjährigen Jahrestagung eingehend diskutiert. Unser Beschluß, bei unserer letzten Hauptversammlung wieder in die Räume der Hochschule zurückzukehren, war sicherlich richtig. Wir können auch mit der gesellschaftlichen Veranstaltung abends in der Otto-Berndt-Halle, mit der hier ein neuer Anfang gemacht wurde, zufrieden sein. Durch ein Mißverständnis war der Kreis der eingeladenen Dozenten kleiner gehalten, als wir eigentlich beabsichtigt hatten. Ich hoffe, daß wir heute abend noch wesentlich mehr Angehörige dieser Hochschule mit ihren Damen bei uns begrüßen können und wir damit diesem Personenkreis die Möglichkeit der persönlichen Begegnung geben, wie sie offenbar von vielen Seiten gewünscht wird, in den letzten Jahren aber wohl nur in bescheidenem Maß vorhanden war.

Wir wollen heute auch wieder die alte Tradition aufgreifen, nämlich einen Professor dieser Hochschule, der noch nicht allzu lange hier tätig ist, zu bitten, uns einen Einblick in sein Fachgebiet und in die von ihm geplanten Forschungsvorhaben zu geben. Freundlicherweise hat sich Herr Professor Boeck, der vor wenigen Jahren die Nachfolge von Herrn Professor Frühauf als Leiter des Instituts für Hochspannungs- und Elektrische Meßtechnik übernahm, bereit erklärt, uns heute einen Vortrag zu halten, in dem er die Probleme der Hochspannungstechnik aus der Sicht der Energieversorgung von Ballungsräumen darstellen will. Ich darf Ihnen, Herr Professor Boeck, schon jetzt sehr herzlich für Ihre Bereitschaft danken.

Ein weiterer wichtiger Gegenstand unserer Vorstandsberatungen war naturgemäß die Frage, wieviel Mittel wir in diesem Jahr zur Verfügung stellen können, und wie wir diese Mittel verteilen wollen. Da bei den Hochschulneubauten staatlicherseits automatisch auch Mittel für die Einrichtung dieser Bauten bereitgestellt werden, konnten wir einige Fachbereiche ausklammern und

auf diese Weise anderen Fachbereichen größere Summen zur Verfügung stellen. Im ganzen sind wir mit unserer Disposition sehr vorsichtig gewesen in der Erwartung, daß in den kommenden Jahren voraussichtlich höhere Anforderungen auf die Finanzkraft unserer Vereinigung zukommen.

Lassen Sie mich noch einen kurzen Blick auf das Waldemar-Petersen-Haus der Hochschule werfen, tragen wir ja durch unsere Beteiligung im Kuratorium der Waldemar-Petersen-Stiftung hierfür eine Mitverantwortung. Sie erinnern sich, daß ich Ihnen im vergangenen Jahr berichtete, das neu gebildete Kuratorium habe die Pensionspreise für das Waldemar-Petersen-Haus im Schnitt um 15% angehoben. Wie wir vermuteten, hat diese Preisanhebung die Zahl der belegten Betten nicht beeinträchtigt, so daß das Waldemar-Petersen-Haus in diesem Jahr sogar einen Überschuß von mehr als 10 000 DM erwirtschaftet hat, was allerdings nur deshalb möglich war, weil Herr Professor Böhme zur weiteren Ausgestaltung des Hauses in größerem Maße die Schreiner der Hochschule dankenswerterweise mit eingesetzt hat. Wie im vergangenen Jahr haben wir auch in diesem Jahr wieder beschlossen, eine Rückstellung für die Waldemar-Petersen-Stiftung für Notfälle durchzuführen; aber ich wollte doch nicht versäumen Ihnen mitzuteilen, daß wir vorläufig auf diese Reserve nicht zurückgreifen brauchen.

Meine Damen und Herren!

Im vergangenen Jahr bin ich näher auf die Ungereimtheiten der Hochschulpolitik des Bundes und des Landes Hessen eingegangen und auf die Sorgen, die wir uns in der Wirtschaft hinsichtlich der Ausbildung unserer zukünftigen Mitarbeiter im Bereich der Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften machen. Eine wesentliche Besserung ist in dieser Hinsicht seit dem vergangenen Jahr kaum festzustellen. In diesem Zusammenhang ließe sich sicherlich heute manches über die kürzlich erfolgte Novellierung des Hessischen Universitäts-Gesetzes durch den Hessischen Landtag im September dieses Jahres sagen, ebenso auch über den Entwurf des Hochschul-Rahmengesetzes, der in wenigen Wochen vom Bundestag verabschiedet werden soll. Ich möchte es mir aber heute versagen, auf diese Themen näher einzugehen, zumal dann eine fundiertere Betrachtung notwendig wäre, die den Rahmen meines Berichtes sprengen würde.

Wieweit eine von einem Kultusministerium angestrebte Universitätsstruktur eine akzeptable Lösung darstellt oder nicht, können außerdem nur diejenigen wirklich beurteilen, die mit einer solchen Struktur nun in der Tagesarbeit fertig werden müssen. Ich begrüße es deshalb sehr, daß der Präsident dieser Hochschule, Herr Professor Böhme, sich bereit erklärt hat, uns heute einen Bericht

darüber zu geben, wie aus der Sicht der an dieser Hochschule Lehrenden und Lernenden die derzeitige Struktur der Hochschule und die weiteren Entwicklungstendenzen beurteilt werden. In diesem Zusammenhang sollten wir dankbar hervorheben, daß die Technische Hochschule Darmstadt bemerkenswerte Anstrengungen unternommen hat, um den Außenstehenden einen Einblick in das Leben dieser Hochschule, in ihre Organisation, ihre bauliche Entwicklung, ihre Lehr- und Forschungstätigkeit zu geben. Der Dritte Rechenschaftsbericht des Präsidenten für den Zeitraum Juli 1973 bis Juni 1974 wird von jedem, der einen Einblick in das Leben der Hochschule haben möchte, dankbar begrüßt. Darüber hinaus hat die TH Darmstadt noch einen weiteren Schritt getan durch die Veröffentlichung ihres ersten Forschungsberichts, der im Mai dieses Jahres fertiggestellt wurde. Ich glaube, daß bisher nur sehr wenige Universitäten einen so informativen Einblick in ihre gesamte Forschungstätigkeit gegeben haben, wie es bei diesem Forschungsbericht der Fall ist. Ich glaube, daß allein schon die gegenseitige Information innerhalb der Hochschule, von einem Institut zu anderen, äußerst wertvoll ist, zumal ich immer wieder höre, daß der Kontakt zwischen den einzelnen Forschungsinstituten heute an den Hochschulen offenbar erheblich loser ist als es vor einigen Jahrzehnten der Fall war. Der Forschungsbericht ist aber auch ein hervorragendes Mittel, um die interessierte Öffentlichkeit – und dazu gehören ja gerade die Mitglieder unserer Vereinigung von Freunden – zu unterrichten. Vielfach ist in der Öffentlichkeit die Meinung vertreten, daß auf Grund der Querelen innerhalb der Universitäten die Forschungstätigkeit immer mehr zum Erliegen kommt. Sicherlich hat die Hochschulforschung viele Hemmnisse zu überwinden; aber der Forschungsbericht zeigt doch eindrucksvoll, wie umfangreich Forschung an dieser Hochschule betrieben wird. Dies ist eine Tatsache, die wir sehr begrüßen, denn die Ausbildung der Studierenden würde sicherlich erheblich beeinträchtigt werden, wenn sich nicht die Institute durch ihre Forschung zwangsläufig in einem lebhaften Informationsaustausch mit andern Forschungsstätten ihres Fachgebiets befinden würden und damit zwangsläufig mit dem Entwicklungsstand dieses Fachgebietes verzahnt sind. Hoffen wir, daß bei dem nächsten Forschungsbericht sich alle Wissenschaftler dieser Hochschule, die Forschung treiben, an dem Bericht beteiligen. In seinen einleitenden Worten bezieht Herr Professor Böhme einen Standort für die Forschung an dieser Hochschule, indem er darauf hinweist, daß Forschung ihre Priorität an den Bedürfnissen der Gesellschaft zu orientieren hat, und daß Forschung durch den Praxisbezug charakterisiert sein muß. Diese Aussage bedeutet eine Absage an die Vorstellung von einer totalen Autonomie der Forschung, bei der der Forscher allein seine Forschungsziele festlegt. Es ist zu begrüßen, daß auch der Wissenschaftsrat seine

bisherige Vorstellung von der Autonomie der Forschung modifiziert hat und neuerdings zugibt, daß die Forschungsrichtung auch durch andere Komponenten mitbestimmt wird, seien sie nun im wirtschaftlichen oder im sozioökonomischen Bereich oder mögen sie einfach insgesamt mit dem Begriff des »öffentlichen Interesses« bezeichnet werden, wie es der neue Forschungsminister Matthöfer vor einiger Zeit vor der Fraunhofer-Gesellschaft definierte. Angesichts der Tatsache, daß der Staat heute aus Steuergeldern mehr als 10 Milliarden DM für Forschungsvorhaben zur Verfügung stellt, ergibt sich die zwingende Notwendigkeit intensiver darüber nachzudenken, unter welchen Gesichtspunkten die Verteilung der Mittel auf die einzelnen großen Forschungsvorhaben erfolgen soll. Neuere Untersuchungen haben ergeben, daß es durchaus möglich ist, qualitative und quantitative Aussagen über die einzelnen Komponenten zu machen, aus denen sich unsere Lebensqualität zusammensetzt, und damit eine Basis für die Wertigkeit der großen Forschungsvorhaben zu finden, sei es auf dem Gebiet der Gesundheitsförderung, des Verkehrs, der Energieversorgung, der Kommunikation usw. Ich muß es mir versagen, auf diese Dinge näher einzugehen; aber es schien mir doch angebracht darauf hinzuweisen, daß der Forschungsbericht der Hochschule eine positive Einstellung zu diesen übergeordneten Problemstellungen enthält.

Ich möchte aber noch ein drittes Vorhaben der Hochschule besonders herausstellen, zumal es von unserer Seite angeregt wurde und bestens dazu geeignet ist, die Bestrebungen unserer Vereinigung zu unterstützen, einen möglichst engen Kontakt zwischen Hochschule und Öffentlichkeit herzustellen. Ich meine das wissenschaftliche Symposium, das am 8. und 9. März dieses Jahres stattgefunden hat unter dem Thema »Technische Hochschule 74 im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis«. Um einen ausgewählten, begrenzten Kreis aus der Öffentlichkeit für ein Gespräch mit den Hochschulprofessoren zu finden, hatte ich Herrn Professor Böhme vorgeschlagen, einmal die Ehrensensoren und Ehrendoktoren zu einem solchen Symposium einzuladen. Es haben sich überraschend viele Mitglieder dieses Kreises bereit gefunden, an dem Symposium teilzunehmen. Der Kern der Veranstaltung bestand in zwei Podiumsgesprächen. Das eine bezog sich auf das Thema »Probleme und Ziele der Ausbildung im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich«, besonders im Hinblick auf die Forderung nach stärkerer Berufsbezogenheit. Das zweite Podiumsgespräch befaßte sich mit »Problemen der Forschung an der Hochschule und ihren Anwendungsmöglichkeiten«. Ich kann nur jedem von Ihnen empfehlen, soweit Sie nicht an dieser Veranstaltung teilgenommen haben und soweit Sie an diesen Themen interessiert sind, sich die Protokolle zu diesem Symposium zu beschaffen, die in einer sehr ansprechenden und konzentrierten Form von

der Hochschule gedruckt wurden, und von denen sicherlich noch Exemplare verfügbar sind. Es soll nicht geleugnet werden, daß dieses Symposium noch nicht alle Wünsche erfüllte. Für die Vorbereitung stand der Hochschulleitung nicht genügend Zeit für eine eingehendere Abstimmung zwischen den Hochschullehrern zur Verfügung. Sowohl das erste Podiumsgespräch als auch das zweite, an dem ich aktiv teilnahm, hätte man sicher noch besser zwischen den Teilnehmern abstimmen können, um über bestimmte Grundfragen zu einem Konsens zu kommen; immerhin hat mit diesem Symposium ein informativer Gedankenaustausch zwischen Hochschullehrern und Industrie begonnen, und ich darf Herrn Professor Böhme sehr dafür danken, daß er unsere Anregung aufgegriffen hat.

Wir haben uns in der letzten Vorstandssitzung unserer Vereinigung auch mit diesem Symposium befaßt und sind zu der Ansicht gekommen, daß es zu begrüßen wäre, wenn der begonnene Weg, vielleicht in etwas veränderter Form, konsequent weiter begangen wird. Vor einigen Tagen fand ein Gespräch zwischen Herrn Professor Böhme, Herrn Professor Brandt, dem stellvertretenden Vorsitzenden unserer Vereinigung, und mir statt. Wir sind zu folgendem Beschluß gekommen:

1. Wir wollen das Symposium mit noch gründlicherer Vorbereitung fortsetzen. Für die Vorbereitung steht uns das Jahr 1975 zur Verfügung, so daß wir dann im Jahr 1976 das Symposium durchführen können. Im Jahr 1978 beabsichtigt die Hochschule die 100jährige Wiederkehr der ersten Verleihung des Dr.-Ing.-Titels dieser Hochschule festlich zu begehen. Mit diesem Zeitplan würde die Hochschule alle zwei Jahre mit einer größeren Veranstaltung an die Öffentlichkeit treten.
2. Herr Professor Böhme war mit unserem Vorschlag einverstanden, daß das nächste Symposium nicht von der Hochschulleitung allein organisiert wird, sondern von Hochschulleitung und Vorstand unserer Vereinigung gemeinsam. Wir werden uns dann Anfang nächsten Jahres eingehend darüber beraten, welche Themen wir in Angriff nehmen wollen, und versuchen diese so abzugrenzen, daß eine Diskussion zustande kommt, die möglichst in die Tiefe geht und zu Erkenntnissen kommt, die allgemeine Übereinstimmung finden, und aus denen sowohl die Hochschule als auch die Industrie auch praktische Folgerungen ziehen können.
3. Wir sind uns darin einig, daß beim nächsten Symposium die Öffentlichkeit nicht allein durch die Ehrenmitglieder dieser Hochschule repräsentiert sein soll. Vielmehr wollen wir neben den Ehrenmitgliedern alle Mitglieder unserer

Vereinigung einladen, darüber hinaus aber auch noch Vertreter der Politik und der Kommunalverbände.

Meine Damen und Herren!

Ich habe Sie damit über drei Vorhaben der Hochschule in diesem Jahr unterrichtet, die wir sehr begrüßen.

Im Vordergrund unserer Bemühungen stehen ja immer zwei Fragen, nämlich einmal, ob die Forschung noch den ihr angemessenen Platz hier findet, und weiterhin die Frage, wieweit die Ausbildung unserer zukünftigen Ingenieure noch verbessert werden kann, um die Basis unserer Wirtschaft und damit die Basis unserer Lebensgrundlage genügend abzusichern.

In der Frage der Forschung bemühen wir uns durch unsere Geldspenden überall da helfend einzugreifen, wo durch oft gar nicht einmal allzugroße Geldmittel ein Hemmnis beseitigt oder ein Forschungsvorhaben besonders gefördert werden kann. Die Frage des Informationsaustausches zwischen Hochschulforschung und industrieller Forschung bedarf noch erheblicher Verbesserungen. Dieses Thema wird von vielen großen Gremien, wie Deutsche Forschungsgemeinschaft, Deutscher Verband technisch-wissenschaftlicher Vereine, Fraunhofer-Gesellschaft und Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft immer wieder in Angriff genommen, um bundesweit eine bessere Lösung zu erreichen. Aber auch in kleineren Bereichen, regional oder an einer Hochschule wie der unsrigen kann noch viel getan werden. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß kürzlich das Landeskuratorium Hessen im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft sich mit dem Thema befaßt hat: »Kooperation in der Forschungspolitik auf dem Hintergrund qualitativer und quantitativer Wachstumsaspekte«. Diese Tagung hatte wegen der grundsätzlichen Behandlung dieses Themas aus der Sicht der Universitäten und auch der Sicht der Industrie einen überraschend großen Teilnehmerkreis zusammengeführt. Ich hätte mir gewünscht, daß die Herren Professoren dieser Hochschule in einem größeren Umfang die Gelegenheit genutzt hätten, sich auf dieser Tagung eingehender mit dem genannten Thema auseinanderzusetzen.

Welche Lehrinhalte den Studierenden angeboten werden sollen ist eine Frage, um deren Beantwortung die Professoren der Universitäten nicht herumkommen. Zweifellos handelt es sich um ein schwieriges Problem, bei dessen Lösung wir Mitglieder der Vereinigung aus unserer Praxiserfahrung vielleicht ein wenig mithelfen können. Die Beantwortung der Frage, wie ein angehender Naturwissenschaftler oder Ingenieur sein Studium gestalten soll, ist aus mehreren Gründen schwierig. Zunächst ist hier zu nennen der laufende Wandel und die

laufende Schwerpunktsverschiebung im gesamten Bereich der Technik. Es entstehen innerhalb weniger Jahre oft vollständig neue Technologien und damit neue technologische Bereiche. Eng verbunden hiermit ist die Frage, inwieweit an erster Stelle ein breites Grundlagenwissen erworben werden soll, und die Befassung mit speziellen naturwissenschaftlichen oder technischen Gebieten eben den Studenten nur beispielhaft in kompliziertere Zusammenhänge einführen und ihn nicht etwa zum Spezialisten nur für dieses enge Gebiet ausbilden soll. Es soll nicht verkannt werden, daß manche Wünsche aus der Industrie nach eng begrenzten Spezialisten außerordentlich gefährlich und meines Ermessens völlig falsch sind. Die Industrie sollte ihren Beitrag zu diesem Problem darin sehen, daß sie den Hochschullehrern sozusagen eine »Stellenbeschreibung« für die verschiedenen Arten von Ingenieur Tätigkeit zur Verfügung stellt. Es kann aber nicht genügend darauf hingewiesen werden, daß ein Ingenieur heute nicht mehr im rein technischen Bereich gedanklich begrenzt sein darf, wenn er die Verantwortung für die gesamten Auswirkungen der technologischen Entwicklung mittragen soll und muß. Dann muß er auch die notwendige Aufgeschlossenheit haben für die sozialen, psychologischen, biologischen und politischen Folgen seines Tuns und seiner Bestrebungen. Das ist heute leider immer noch trotz aller Bemühungen der großen technisch-wissenschaftlichen Verbände nur zu einem Teil der Fall. Der Ingenieurverband ist als gesellschaftlicher Faktor irrelevant, und er ist selbst schuld daran. Auf der letzten Jahresversammlung des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine vor einigen Wochen in Düsseldorf wurde auf folgendes hingewiesen:

Eine Umfrage bei Ingenieuren, ob der Satz »Die Techniker sind Kamele, auf denen die Wirtschaftler und Politiker reiten« richtig ist, wurde von 70% der Befragten als zutreffend bestätigt. Das zeigt doch eine Resignation, die nicht nur für die Ingenieure bedenklich ist. Der ethische Aspekt der Ingenieurarbeit, die Verantwortung für ihre sozialen und politischen Folgen müssen, wie Herr Professor Balke, der Präsident des DVT auf dieser Tagung sagte, mehr in den Vordergrund gerückt werden. Die Ingenieure sollten auch nichttechnische Disziplinen mitstudieren, ohne daß damit eine Verminderung ihres fachlichen Wissens verbunden sein darf. Individual- und Sozialpsychologie sowie Menschenführung sollten mit in die Ausbildung unserer zukünftigen Ingenieure einbezogen werden. Damit erwerben sie nun keineswegs bereits ein Anrecht darauf, später im Beruf automatisch eine Kompetenz für die Wahrnehmung der Verantwortung zu besitzen. Aber gewisse Voraussetzungen hierfür könnten zweifellos schon im Studium erworben werden. Wie groß das Bedürfnis der im Beruf stehenden Ingenieure ist, sich über ihr technisches Wissen hinaus auf

Aufgaben mit größerer Verantwortung in ihrem Unternehmen vorzubereiten, zeigt die Tatsache, daß beispielsweise im Bildungswerk des Vereins Deutscher Ingenieure immer mehr Lehrgänge eingerichtet werden müssen, die sich nicht nur mit Fragen der Betriebswirtschaft und der besseren kaufmännischen Ausbildung der Ingenieure befassen, sondern auch Fragen der Menschenführung und der Psychologie behandeln. Vielleicht könnte dieses ganze Problem einmal in größerer Breite zwischen unserer Vereinigung und der Hochschule behandelt werden.

Meine Damen und Herren!

Ich wollte in meinem Bericht lediglich andeuten, daß sowohl im Bereich der Bildungspolitik, speziell aber der Ausbildung von Naturwissenschaftlern und Ingenieuren, als auch im Bereich der Forschungspolitik viele Grundsatzprobleme noch nicht ihre endgültige befriedigende Lösung gefunden haben. Dafür sind in erster Linie Gremien in Staat und Wirtschaft zuständig, die bundesweit wirken. Aber ich glaube, auch in dem kleinen Wirkungsbereich unserer Vereinigung haben wir durchaus in enger Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Vereinigung die Möglichkeit, einen kleinen Beitrag zur Lösung mancher Probleme zu leisten. So glaube ich, daß nach wie vor unsere Vereinigung ihre Existenzberechtigung hat. Gegenüber den Gesprächen auf Bundesebene haben unsere Gespräche den Vorteil, daß die Wirtschaft und insbesondere die Industrie nicht durch ihre Funktionäre vertreten ist, sondern durch Ingenieure, die im Tagesgeschehen stehen, und daß die Gesprächspartner auf der Hochschuleseite nicht die Kultusministerien der Länder sind, die dem Tagesgeschehen an den Universitäten weit entrückt sind, sondern die Hochschul-lehrer selbst, die uns sagen können, wie an dieser Hochschule ihre Tätigkeit aussieht, und wo sie der Schuh drückt. Wir sollten alles tun, um dieses praxisnahe Gespräch zwischen Industrie und Hochschule weiter zu entwickeln. Ich danke Ihnen.

Nachdem zu den mit reichem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Vorsitzenden keine Wortmeldungen erfolgten, bat Herr Dr. Toeller den Schatzmeister der Vereinigung, Herrn Dr. Franz Wenzel, zum nächsten Punkt der Tagesordnung.

3. Erstattung der Jahresrechnung

das Wort zunehmen.

Der Bericht des Schatzmeisters hatte folgenden Wortlaut:

Meine Damen und Herren!

Im Vereinsjahr 1973/74 setzten wir die in den Vorjahren praktizierte, verhaltene

Bewilligungspolitik fort. Wie man jetzt rückblickend feststellen muß, bestätigt die Entwicklung der verfügbaren Mittel leider die Richtigkeit dieser Politik.

Damit meine ich nicht alleine den Umstand, daß die frei verfügbaren Einnahmen der Vereinigung mit 303 TDM im Berichtsjahr um 31 TDM unter dem Vorjahr liegen, sondern bedenklich stimmt vor allem die Tatsache, daß der Zufluß von frei verfügbaren Spenden, der in den besten Jahren nahe an der Grenze von 200 TDM gelegen hatte, nun erstmals, soweit ich zurückblicken kann, die Schwelle von 100 TDM unterschritten hat:

93 TDM frei verfügbare Spenden flossen uns nur zu, das sind 41 TDM weniger als im vorangegangenen Vereinsjahr. Das trifft uns in der Verfolgung unseres Satzungszieles deshalb besonders empfindlich, weil heute, wie wir alle wissen, schon allein infolge des Kaufkraftschwunds mit einem nominal unveränderten Spendenbetrag keineswegs mehr der gleiche Effekt erzielt werden kann, der früher damit erzielbar war.

Das Bild wird kaum dadurch aufgehellt, daß ich Ihnen berichten kann, daß die Vermögenserträge, die im vorangegangenen Vereinsjahr 108 TDM betragen hatten, im abgelaufenen Vereinsjahr auf 119 TDM gestiegen sind; diese Steigerungsrate reicht nicht aus, um den Inflationsverlust des weitgehend in festverzinslichen Papieren angelegte Kapitals auszugleichen.

Sogar die Mitgliedsbeiträge sind nochmals um ein geringes auf 91 TDM (Vorjahr 92 TDM) gefallen, was u. a. mit der sinkenden Mitgliederzahl zusammenhängt. Am 31. 3. 1974 hatte unsere Vereinigung 1488 Mitglieder; am 31. 3. 1973 waren es noch 1517. Das entspricht einer Verminderung um 29 Mitglieder.

Hier die frei verfügbaren Einnahmen nochmals im Zusammenhang:

Beiträge	91 TDM	(92 TDM)
Freie Spenden	<u>93 TDM</u>	<u>(134 TDM)</u>
	184 TDM	(226 TDM)
Vermögenserträge	<u>119 TDM</u>	<u>(108 TDM)</u>
Frei verfügbare Einnahmen	<u><u>303 TDM</u></u>	<u><u>(334 TDM)</u></u>

Es täuscht, wenn ich hier berichte, daß die Ausgaben, die sich im Berichtsjahr auf 218 TDM beliefen, um 21 TDM unter den Ausgaben des vorangegangenen Vereinsjahres — da waren es 239 TDM — liegen. Einmal liegt es daran, daß im Vergleichsjahr ein außerordentlicher Betrag aus einer früheren Periode enthalten ist (24 TDM), zum anderen sähe das Bild auch anders aus, wenn alle

Bewilligungen im Vereinsjahr hätten abgewickelt werden können. Dies war nicht der Fall, sondern die Auszahlungen lagen um 30 TDM unter den Neubewilligungen. Dieser Betrag, zusammen mit Bewilligungsresten aus früheren Jahren in Höhe von 95 TDM, belastet die Ausgaben im laufenden Jahr zusätzlich zu den Bewilligungen, die wir jetzt ausgesprochen haben.

Im einzelnen setzen sich unsere Ausgaben folgendermaßen zusammen:

Verwaltungskosten	47 TDM	(77 TDM)	— enthält eine Nachbelastung
Veranstaltungen	6 TDM	(8 TDM)	
Bewilligungen	165 TDM	(154 TDM)	
Ausgaben gesamt	<u>218 TDM</u>	<u>(239 TDM)</u>	

Der Ausfall bei den freien Spenden wird durch die Zugänge an zweckgebundenen Spenden mehr als kompensiert. Auf diesem Gebiet vereinnahmte die Vereinigung zu treuhänderischer Verwaltung und Weiterleitung 252 TDM, das sind 86 TDM mehr als im Vorjahr. Hiervon wurden bereits 213 TDM in Anspruch genommen.

Dem PUNGA-Nachlaß flossen Vermögenserträge in Höhe von 21 TDM zu. Eine Zuwendung aus Mitteln dieses Fonds erfolgte in diesem Jahr nicht.

Zusammenfassend kann ich Ihnen somit berichten, daß der Vereinigung insgesamt Einnahmen in Höhe von 576 TDM zugeflossen sind und davon Ausgaben in Höhe von 431 TDM bestritten wurden.

Der Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben in diesem Vereinsjahr darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Vermögenslage der Vereinigung im Laufe dieses Jahres verschlechtert hat. Das Bruttovermögen, das das eigene Vermögen der Vereinigung sowie die treuhänderisch verwalteten Vermögenswerte einschließt, hat sich von 2,099 Millionen DM im Vereinsjahr 1972/73 auf 2,048 Millionen DM im Vereinsjahr 1973/74 vermindert, d. h. es hat um 51 TDM abgenommen. In diesen 2,048 Mill. DM sind 585 TDM enthalten, die an bestimmte Empfänger weiterzuleiten sind (Vorjahr 545 TDM), sowie die treuhänderisch verwalteten Mittel der PUNGA-Stiftung in Höhe von 310 TDM (334 TDM).

Das Nettovermögen der Vereinigung, d. h. also die Mittel, über die wir frei verfügen können, beläuft sich auf 1,028 Millionen DM nach 1,143 Millionen DM. An dem Vermögensverfall sind in beträchtlichem Umfang auch Kursverluste beteiligt, was am anschaulichsten an der Entwicklung des von uns verwalteten PUNGA-Vermögens abgelesen werden kann; dessen Wert verminderte sich um

24 TDM, obwohl die Vermögenserträge 21 TDM betragen und keinerlei Ausgaben im Sinne des Stiftungszwecks gemacht wurden, sondern nur in geringem Umfang Umschichtungen im Wertpapierbestand stattfanden, die sich aber bis auf einen unerheblichen Betrag ausgleichen.

Der Ihnen vorgetragene Jahresabschluß wurde von der Revisionsabteilung der BBC geprüft und mit einem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen.

Im jetzt laufenden Vereinsjahr werden wir uns wieder um eine ausgeglichene Haushaltsführung bemühen. Wir werden aber auch unser Augenmerk darauf richten müssen, für die Substanzerhaltung des Vereinsvermögens Sorge zu tragen. Bitte unterstützen Sie uns hierbei mit Ihrem Spendenbeitrag.

Zum Abschluß meiner Ausführungen möchte ich der Mitarbeiterin der Vereinigung, Frau Schober, sowie dem Geschäftsführer, Herrn Dr. von Werder, unseren herzlichsten Dank für die im abgelaufenen Vereinsjahr geleistete Arbeit aussprechen.

Der Vorsitzende dankte dem Schatzmeister für seinen von der Versammlung mit großem Beifall bedachten Bericht sowie für seine verantwortungsvolle und mit beträchtlichen Zeitopfern verbundene Arbeit während des ganzen Jahres. Eine Aussprache über die Jahresrechnung wurde seitens der Versammlung nicht gewünscht.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung verlas Herr Bankdirektor Klaus Zapf den
Bericht der Rechnungsprüfer

Wir, die Unterzeichner Joachim Schwarzkopf und Klaus Zapf, haben gemäß dem uns auf der letzten Hauptversammlung der Vereinigung erteilten Auftrag die Jahresrechnung der Vereinigung auf Grund der vorhandenen Rechnungsunterlagen geprüft. Unsere Prüfungsmethode haben wir unverändert aus dem Vorjahr übernommen, im einzelnen haben wir

- auf zahlenmäßige Prüfungen im Hinblick auf die beanstandungsfreie Abschlußprüfung durch die Revisionsabteilung der Firma Brown, Boverie & Cie. AG, Mannheim, verzichtet,
 - die satzungsgemäße Bewilligung der Mittel und deren Verausgabung durch die Lehrstühle und Institute stichprobenweise untersucht und
 - die buchungsmäßige Abwicklung einzelner Geschäftsvorfälle überprüft.
- Es haben sich keinerlei Beanstandungen ergeben.

Herrn Dr. Wenzel und Herrn Dr. von Werder sowie Frau Schober danken wir herzlich für die im abgelaufenen Geschäftsjahr geleistete Arbeit.

Anschließend stellte Herr Zapf den Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstands, der unter Stimmenthaltung der Betroffenen ohne Gegenstimme angenommen wurde. Der Vorsitzende dankte der Versammlung für das durch die Entlastung bewiesene Vertrauen.

5. Wahlen zu Vorstand und Vorstandsrat

Wahl der Rechnungsprüfer

Unter Hinweis auf die in den Händen der Mitglieder befindlichen Stimmzettel stellte der Vorsitzende fest, daß für den Vorstand Neuwahlen nicht erforderlich sind, und daß für eine Wiederwahl in den Vorstand die bisherigen Vorstandsmitglieder, Frau Dr. Lotte Köhler und Herr Gert Silber-Bonz, vorgeschlagen werden. Herr Dr. Toeller wies darauf hin, daß von den turnusmäßig ausscheidenden Vorstandsmitgliedern erfreulicherweise 17 Herren für den Fall ihrer Wiederwahl ihre weitere Mitarbeit im Vorstandsrat zugesagt haben. Er teilte ferner mit, daß der Senat der Technischen Hochschule Herrn Professor Dr. jur. Paul Hofmann als Vertreter der Fachbereiche 1, 2 und 3 und Herrn Professor Dr. rer. nat. Walter Humbach als Vertreter des Fachbereichs 16 in den Vorstandsrat delegiert hat. In beiden Fällen handelt es sich um eine Wiederwahl. Schließlich gab der Vorsitzende seiner Freude Ausdruck, für eine Neuwahl in den Vorstandsrat fünf Herren präsentieren zu können, die in für die Vereinigung besonders wichtigen Unternehmen unserer Region führende Positionen einnehmen.

Nachdem aus der Versammlung heraus keine anderen Wahlvorschläge gemacht wurden, ließ Herr Dr. Toeller die mit dem Votum der Mitglieder versehenen Stimmzettel einsammeln und gab nach der Auszählung das Ergebnis bekannt: Bei den Wahlen zum Vorstand waren von 42 abgegebenen Stimmen alle 42 mit dem Vorschlag vorbehaltlos einverstanden. Bei den Wahlen zum Vorstandsrat waren von 42 abgegebenen Stimmen 40 vorbehaltlos und 2 mit Änderungen mit dem Vorschlag einverstanden. Damit waren alle Wahlvorschläge angenommen.

In den Vorstand wurden wiedergewählt:

Dr. Lotte Köhler, Vorsitzende des Aufsichtsrates der Maschinenfabrik Goebel GmbH, Darmstadt

Gert Silber-Bonz, Vorsitzender des Vorstandes der Veith-Pirelli AG, Höchst (Odw.)

In den Vorstandsrat wurden neu gewählt:

Dr. Hans Albers, Mitglied des Vorstands der Carl Schenck AG, Darmstadt

Dr. Hans Herzog, Geschäftsführer der Ciba-Geigy Marienberg GmbH,
Bensheim-Auerbach

Dipl.-Ing. Friedrich Emil Sennhenn, Mitglied der Geschäftsführung der
Hottinger Baldwin Meßtechnik GmbH, Darmstadt

Professor Dr. Jan Thesing, stellv. Vorsitzender der Geschäftsleitung der
E. Merck, Darmstadt

Bankdirektor Dipl.-Kfm. Klaus Zapf, Dresdner Bank AG, Darmstadt

In den Vorstandsrat wurden wiedergewählt:

Fabrikant Kurt Ott, Inhaber der Habrawerke, Darmstadt

Dipl.-Kfm. Dr. Herbert Sommerfeld, Mitglied des Vorstands der Firma
Wella AG, Darmstadt

Dr.-Ing. Gerhard Baron, Geschäftsführer der LURGI Mineralöltechnik
GmbH, Frankfurt (Main)

Dr. Joachim Borsdorf, Vorsitzender des Vorstandes der Hessischen
Elektrizitäts AG (HEAG), Darmstadt

Direktor Reinhold Ilg, Geschäftsführer der IBM Deutschland GmbH,
Stuttgart

Dipl.-Ing. Walter Karcher, Darmstadt

Dr. jur. Hermann Neuschäffer, Rechtsanwalt und Notar, Darmstadt

Dipl.-Ing. Horst Rauber, Overath-Rappenhohn

Ehrensensator Otto Röhm, Aufsichtsratsvorsitzender der Röhm GmbH,
Darmstadt

Ehrensensator Regierungsbaumeister a. D. Dipl.-Ing. Franz Rudolph, Mit-
glied des Aufsichtsrates der Firma Philipp Holzmann AG, Frankfurt (Main)

Dipl.-Ing. Bernhard Sälzer, Mitglied des Hessischen Landtags, Darmstadt

Bankdirektor Joachim Schwarzkopf, Deutsche Bank AG, Darmstadt

Professor Dipl.-Ing. Paul Stöckmann, Mitglied des Vorstandes der Pittler
Maschinenfabrik AG, Langen

Dr.-Ing. Rudolf Trenchel, Aschaffenburg

Professor Dr.-Ing. E. h. Dipl.-Ing. Helmut Wagner, Mitglied des Vorstandes
der Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst

Direktor Dr. rer. pol. Karl von Winckler, Vorsitzender des Vorstandes der
Firma Buderus'sche Eisenwerke, Wetzlar

Professor Dr. h. c. mult. Dr.-Ing. Karl Winnacker, Vorsitzender des Auf-
sichtsrates der Farbwerke Hoechst AG, Frankfurt (Main)-Höchst

Zu Rechnungsprüfern für das Vereinsjahr 1974/75 wurden die Herren Bank-
direktoren Joachim Schwarzkopf und Dipl.-Kfm. Klaus Zapf in einem formlosen
mündlichen Verfahren einstimmig gewählt.

Der Vorsitzende dankte beiden Herren für ihre Arbeit im abgelaufenen Vereinsjahr wie auch dafür, daß sie sich weiterhin für dieses Amt zur Verfügung stellen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung

Bericht des Präsidenten der Technischen Hochschule

führte Herr Professor Dr. Helmut Böhme folgendes aus:

Herr Vorsitzender, hochverehrte Ehrensensoren,
meine Damen und Herren!

Ihr im vergangenen Jahr gefaßter Entschluß, Ihre Jahresversammlung wieder in den Räumen der Technischen Hochschule Darmstadt abzuhalten und der Verlauf der letztjährigen Tagung hat, so meine ich, die Verbindung zwischen der Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule und der Hochschule selbst enger geknüpft und dazu beigetragen, in Ihrem Kreis das Verständnis für die Probleme unserer Hochschule zu fördern und die Zielrichtung unserer Bemühungen in den Grenzen der uns gesetzten hochschulpolitischen Rahmenbedingungen zu verdeutlichen, andererseits aber auch die Mitglieder unserer Hochschule auf Ihr dankenswertes Engagement für diese Institution und Ihre Sorge um deren Entwicklung hinzuweisen. Ich freue mich deshalb, Sie auch zu Ihrer diesjährigen Hauptversammlung wieder bei uns begrüßen zu dürfen, und hoffe, daß der Meinungsaustausch weiterhin fruchtbar und allen Seiten dienlich sein wird. Gerade dieser jüngst erst bezogene Vorlesungssaal macht deutlich, daß die Hochschule nicht nur zu klagen hat. Ich hoffe, daß vielleicht die nächste Jahresversammlung in einem Vorlesungssaal unserer Neubauten auf der Nachweide stattfinden kann, um Ihnen auch von diesem Teil unserer Hochschule einen Eindruck zu vermitteln.

Die Technische Hochschule Darmstadt hat der Ernst-Ludwigs-Hochschulgesellschaft, die sich auch in diesem Jahr als eine Vereinigung von Freunden erwiesen hat, von der Wohlwollen und Kritik zu erwarten war, Dank abzustatten für die geleistete Hilfe. Ich bin mir darüber im klaren, daß die schwieriger gewordene Lage der Deutschen Wirtschaft dem freiwilligen Spendenaufkommen Ihrer Vereinigung nicht förderlich sein kann. Auf der anderen Seite glaube ich an die Einsicht der Ihnen verbundenen Persönlichkeiten und Unternehmen in die Notwendigkeit, durch Interesse und Engagement für die Ausbildung des technischen und wissenschaftlichen Nachwuchses die künftige Stellung der Deutschen Wirtschaft innerhalb der westlichen Industriegesellschaft mitzubestimmen und mitzubeeinflussen. Eingedenk also der vermehrten Schwierigkeiten, denen sich Ihre Vereinigung gegenüber sieht, ist unser Dank herzlich.

Ihre Zuwendungen haben Wissenschaftlern die Fortführung oder Vollendung ihrer Arbeiten ermöglicht, sie dienen der Unterstützung jener Gebiete, deren relativ bescheidenen Ansprüche von der öffentlichen Finanzierung vielfach übersehen werden.

Sie halfen bei der Beseitigung akuter Engpässe in Forschung und Lehre, und sie erlaubten es dem Präsidenten, Gespräche und Gedankenaustausch mit an der Hochschule interessierten Gruppen zu führen, ohne von dem mageren Vorrat seiner eigenen Repräsentationsmittel allzusehr gebremst zu werden. Diese betragen 2000 DM, die dann der Hochschule insgesamt zur Verfügung gestellt werden, da ich ja Ihnen danken kann, und Sie mich da etwas unterstützen.

Danken möchte ich Ihnen aber auch für das Vertrauen, das Sie mir als verantwortlichem Repräsentanten der Hochschule erwiesen haben und das Sie mir, wie ich hoffe, weiterhin erweisen werden im Sinn der gemeinsamen Bemühungen um das Wohl unserer Hochschule. Die Vereinigung von Freunden der Hochschule Darmstadt ist eine Nahtstelle zwischen den Wissenschaften, wie sie an den Hochschulen gepflegt werden, und den Anforderungen der Praxis, denen die an der Hochschule Ausgebildeten genügen müssen. Sie hat hier, wie wir immer deutlicher erkennen, eine außerordentlich wichtige Aufgabe als Gesprächspartner, der uns Anregungen zu vermitteln und vor Betriebsblindheit zu bewahren vermag. Ich möchte deshalb meinen Wunsch wiederholen, daß es zu einer weiteren und noch engeren Verzahnung zwischen Ihrer Vereinigung und der Hochschule kommen möge, und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir wieder Gelegenheit geben, Ihnen heute von den Aufgaben und Problemen, vor die die Technische Hochschule Darmstadt gestellt ist, zu berichten. Ich bin Ihnen deshalb auch sehr dankbar für den Vorschlag, gemeinsam das nächste größere Symposium zu gestalten.

Über unsere Einschätzung der Lage der Technischen Hochschule Darmstadt im vergangenen Jahr hat Sie der Rechenschaftsbericht informiert, den Sie erhalten haben. Sollte die Streuung unseres Forschungsberichts nicht genügend breit gewesen sein, bitte ich um kurze Mitteilung, damit wir Interessenten den Forschungsbericht noch zusenden können. Ich möchte meine Ausführungen in wenige zentrale Punkte gliedern.

1. möchte ich über die Lage der Studierenden berichten. In dem angelaufenen Wintersemester 1974/75 ist die Zahl der Studierenden erneut gestiegen. Gegenüber 9258 eingeschriebenen Studenten im Wintersemester 1973/74 erreichte die Gesamtzahl der Studierenden bis jetzt 9580, darunter 1843 deutsche Stu-

dienanfänger. Diese Zahl ist nicht endgültig, da die Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen in Numerus-clausus-Fächern das Verfahren noch immer nicht abgeschlossen hat.

Neben dem an der Technischen Hochschule Darmstadt schon länger bestehenden Numerus clausus in den Fachrichtungen Architektur, Biologie und Chemie, Informatik, Gewerbelehrerstudium und Pädagogik mit Magister-Abschluß mußten im Wintersemester 1973/74 Aufnahmebeschränkungen für das Bauingenieurwesen, für die Elektrotechnik, für den Wirtschaftsingenieur mit Fachrichtung Elektrotechnik und für die Datentechnik verhängt werden. In diesem Jahr kam neu hinzu ein Numerus clausus im Studienfach Vermessungswesen. Damit ist die notwendige allgemeine Festlegung von Höchstzahlen für alle Studiengänge unserer Hochschule fast erreicht. Ich bin davon überzeugt, daß es ohne ein solches allgemeines Verbundsystem der Festlegung von Höchstzahlen nicht gelingen wird, die vorhandenen Studienplätze angemessen auszuschöpfen. Die mit der wachsenden Studentenzahl verbundenen Schwierigkeiten, die nur selten mit einer entsprechenden Vergrößerung des Lehrpersonals, der räumlichen und sächlichen Mittel korrelieren, sind Ihnen bekannt. Ich habe darüber schon wiederholt berichtet. In den letzten Wochen jedoch sind die Hochschulen zunehmend in das Kreuzfeuer der Massenmedien geraten, die sie einer mangelhaften Ausnutzung ihrer Kapazitäten verdächtigen. Entsprechende Berichte berufen sich stets auf eine unveröffentlichte Untersuchung des Baden-Württembergischen Kultusministeriums, die z. B. freie Studienplätze im bundesweiten Numerus-clausus-Fach Chemie ausweist. Für Eingeweihte ist es indessen kein Geheimnis, das Numerus-clausus-Verfahren in Chemie schon seit Jahren nichts anderes ist als ein Verteilungsverfahren. Wer Chemie studieren möchte, bekommt einen Studienplatz, nur nicht unbedingt an der Universität seiner Präferenz. Sie können in meinem Rechenschaftsbericht nachlesen, daß auch an unserer Hochschule die Quote für Studienanfänger in Chemie nicht ausgeschöpft wird. Wir liegen bei 78%. Energisch verwahren muß man sich aber gegen eine durch solche Fernsehsendungen und Presseberichte hervorgerufene Emotionalisierung gegenüber der Hochschule, indem mit durchsichtigen Zahlenspielen in Einzelbereichen, z. B. auch bei der Medizin, zu beweisen versucht wird, daß bei einem Vergleich über 10 bis 15 Jahre in Einzelfällen dem Zuwachs an Lehrpersonal und Arbeitsräumen keine entsprechende Zunahme der Studentenzahlen gegenübersteht. Dies ist für den umfassenden Bereich eine grobe statistische Fälschung. Bewußt Einzelphänomene zu isolieren, Universitätsprobleme ausschließlich von Lehrkapazitäten her zu messen und dabei die Forschung an Universitäten als

Luxus oder gar als persönliche Ausschweifung für den Hochschullehrer anzusehen, ist meiner Meinung nach falsch. Im übrigen ist es ein sehr leichtes Spiel, freie Kapazitäten z. B. in der Fachrichtung Suaheli nachzuweisen. Andererseits genügt die vehemente Ablehnung solcher Spekulationen, auch wenn sie nur mit durchsichtigster Begründung vorgelegt werden, ebenfalls nicht. Dies zeigt die derzeit laufende Auseinandersetzung um eine bundeseinheitliche Kapazitätsverordnung, die – das ist jetzt bereits erkennbar – die Probleme auch nicht lösen wird. Im Gegenteil, es zeigt sich, daß diese Kapazitätsverordnung Tendenzen verfestigt und zu einem aus Mangel resignativen Pragmatismus beiträgt, der schließlich die Substanz unseres Bildungsauftrags trifft.

Es ist heute deutlich Folgendes festzuhalten, auch wenn es einem nicht paßt: Das Ziel der Chancengleichheit, das die Begabtenreserven aller gesellschaftlicher Schichten mobilisieren und ihnen den Zugang zu den Universitäten öffnen sollte, läßt sich nicht realisieren. Der Ausbau und die Entwicklung der Hochschulen haben nicht mehr Priorität in der Bildungspolitik, erste Priorität hatten sie nie, aber sie hatten wenigstens Priorität. Die Hochschulen sind vielfach nicht mehr in der Lage, der immer weiter wachsenden Zahlen von Studierwilligen eine qualifizierte Ausbildung zu bieten. Modelle von integrierten Gesamthochschulen, die diese Problematik zu verschleiern suchen, diskreditieren dabei nur den universitären Status, ohne eine Lösung der Probleme bringen zu können. Durch den Numerus clausus wird die Studentenwelle in mehr oder weniger zufällige Kanäle gelegt, ohne daß den Absolventen eine Gewißheit über ihre Berufsaussichten gegeben werden kann. Denn noch immer fehlen zuverlässige Berechnungen über den künftigen gesellschaftlichen Bedarf von Akademikern der verschiedenen Fachrichtungen, und die Prognosen reichen von der Warnung vor einem drohenden akademischen Proletariat, gestützt auf erste Anzeichen eines Überangebots an Bewerbern in einigen Berufen, bis zum Hinweis auf Reformvorhaben, deren Verwirklichung unter anderem der Mangel an akademisch ausgebildeten Kräften entgegensteht. Ich möchte hier nicht die Lehrerdiskussion aufrühren, aber die beiden Positionen werden an diesem Gegenstand am deutlichsten dargelegt. Trotzdem eine Bemerkung hierzu: Die gesamte Reformdiskussion endet dort, wo die Staatskassen erschöpft sind, und in diesem Land sind sie erschöpft, meine Damen und Herren. Überlegungen, welche Berufsausbildungsgänge außerhalb der Hochschule dem wachsenden Bevölkerungsteil mit gehobener Schulbildung angeboten werden können, sind jetzt erst improvisiert, verspätet vorgenommen worden. Durch die Kapazitätsverordnung, deren Berechnungsmodalitäten überdies ausschließlich an den Gegebenheiten der Universitäten orientiert sind, und die die be-

sonderen Verhältnisse und Bedürfnisse von Technischen Hochschulen nur unzureichend berücksichtigt, obwohl gegenüber den ersten Entwürfen auf Einspruch insbesondere unserer Hochschule Verbesserungen vorgenommen wurden, werden Ansätze zur Studienreform, die wir hier in Darmstadt bereits vorgenommen haben, verzögert, wenn nicht gar verhindert oder wieder rückgängig gemacht. Denn errechnen sich die Studentenzahlen aus den Lehrverpflichtungen des wissenschaftlichen Personals – ich formuliere es einmal ganz brutal –, den maximalen Gruppengrößen der verschiedenen Veranstaltungsarten und den Pflichtstunden der Studiengänge, korrigiert durch die Zahl und die Größe der vorhandenen Räume, dann erkennen Sie, daß da kein Freiraum für Forschung mehr ist, und es fehlen weiterhin auch alle Voraussetzungen für die Arbeit in kleineren Gruppen für Projektstudien usw. Das bedeutet für uns z. Z., daß wir Trennwände herausreißen müssen, um die statistisch festgelegten Gruppengrößen wieder zu erreichen. Wir haben 10 Jahre lang auf Dreißiger-Gruppen, besonders in der Mathematik und in den Ingenieurwissenschaften, hingearbeitet, über Nacht haben wir nun Sechziger-Gruppen vorgelegt bekommen, wir haben keine Räume dafür. Stühle haben wir natürlich auch nicht. Infolgedessen haben wir eine Arbeitsgruppe, die die Stühle von mal zu mal hin- und herträgt, um die nötige Voraussetzung zum Sitzen zu schaffen.

Wenn man diese Probleme, die ich versucht habe zu umreißen, auf einen Nenner bringen möchte, so stehen wir heute vor der Situation, daß die finanzielle Misere, die Studienreform und damit den Auftrag der Hochschule verdeckt. Es kann nicht angehen, daß wir jetzt plötzlich die Studienreform herausziehen als das Mittel, mit dem die finanziellen Nöte überwunden werden können. Eine Politik, die sich in einer so deutlich erkennbaren Finanzflaute weiterhin in Reformen oder Reformvorstellungen erschöpfen wird, in der weiteren Aufblähung von Projekten zur Integration und Neuorganisation von Personalstrukturen, wird sich, wenn es nicht schon geschehen ist, als Hochstapelei erweisen. In welche Richtung wir gehen, zeigt die Entwicklung des Wirtschaftsingenieurs Hamburger Prägung am deutlichsten, wo auf der einen Seite von der Universität her die wirtschaftswissenschaftlich begründeten Unterweisungen gegeben werden, aber gleichzeitig von der technischen, von der ingenieurwissenschaftlichen Seite her die Fachhochschulausbildung genügt, und wo diese nicht angeboten werden kann, sogar das, was eine Volkshochschule an Ausbildung zu bieten hat. Dieses Ganze wird dann Wirtschaftsingenieur genannt.

Abschließend nun noch ein kurzes positiveres Wort zur sozialen Lage. Vor wenigen Wochen wurde mit dem ersten Spatenstich der Neubeginn der Stu-

dententstadt Karlshof eingeleitet, die in 3 Jahren rund 1000 Studenten beherbergen soll. Erstmals bei diesem Projekt ist ein Gruppenwohnkonzept verwirklicht worden, das die Bildung verschieden großer Lebens- und Arbeitsgemeinschaften ermöglicht, ohne allerdings – und das war unendlich schwer in diese Diskussion einzubringen – den Zwang zur Gemeinschaftsideologie zu provozieren. Die ursprünglichen Planungen seitens der Studentenschaft sahen den Zwang zur Gemeinschaft vor, und es hat lange gebraucht, bis man dies nur als Angebot formulieren konnte. Trotzdem bedeutet das, auch wenn dieser Karlshof aufgebaut sein wird, daß Darmstadt nur 14% seiner Studierenden einen Wohnheimplatz anbieten kann, obwohl die Zielsetzung eigentlich 25% ist. Lassen Sie mich nun einige Worte zur allgemeinen finanziellen Situation der Technischen Hochschule Darmstadt sagen. Ich habe im vergangenen Jahr darauf hingewiesen, daß es uns gelungen ist – vor allem durch die vertrauensvolle, offene und konstruktive Zusammenarbeit aller Mitarbeiter in den Entscheidungsgremien –, die Entwicklung der Technischen Hochschule Darmstadt trotz aller Widerstände entsprechend dem Charakter einer Technischen Hochschule zu fördern, so daß wir uns im Vergleich mit anderen Universitäten und Hochschulen der Bundesrepublik nach meiner Ansicht durchaus sehen lassen können. Ich möchte auch heute wieder die Gelegenheit benutzen, an diesem Ort Herrn Kollegen Wazelt, dem Vizepräsidenten dieser Amtsperiode, herzlich zu danken. Er hat die Aufgaben fortgeführt, die der erste Vizepräsident nach dem neuen Gesetz, Herr Kollege Brandt, übernommen hatte.

Ich habe Ihnen unsere Stellung gegenüber den anderen Hochschulen vor allem an den Relationen der Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal zur Zahl der Studierenden erläutert. Gemessen an den vom Wissenschaftsrat aufgestellten Kriterien befindet sich Darmstadt in allen drei Bereichen, den Ingenieurwissenschaften, den Naturwissenschaften und den Sozialwissenschaften, jeweils im vorderen Drittel verglichen mit den anderen Hochschulen der Bundesrepublik. Unseren Raumbestand konnten wir 1974 weiter vergrößern. Zu Jahresbeginn wurden die beiden letzten Türme des Fachbereichs Maschinenbau bezogen, so daß jetzt im Institutsgebäude insgesamt – einschließlich dem Hochschulrechenzentrum und dem Fachgebiet Eisenbahn- und Straßenwesen des Fachbereichs Wasser und Verkehr, die vom Maschinenbau beherbergt werden –, ungefähr 14 500 m² zur Verfügung stehen. Mit der Fertigstellung des Hallenkomplexes für den Maschinenbau rechnen wir im Jahre 1975. Im Neubau Physikalische Chemie und Chemische Technologie (Baukosten zusammen weit über 100 Millionen DM) konnten wir im Frühjahr rund 6000 m² hochinstallierter Fläche übernehmen. Vor Beginn des Wintersemesters bezog die Organische Chemie – mit Ausnahme der Makromolekularen Chemie, ihren Neubau auf

der Nachtweide mit ebenfalls rund 8000 m² Nutzfläche. Inclusive der 1975 fertig werdenden und von beiden Fachbereichen zu nutzenden Räume wie Hörsaal und Bibliothek werden die Neugebäude der Chemie etwa 17 000 m² umfassen. Allerdings bedeutet dies für unsere Hochschule keinen absoluten Zuwachs an Nutzfläche, denn in die bisher von der Organischen Chemie besetzten Räume im Kernbereich wird der Fachbereich Chemie der Fachhochschule Darmstadt einziehen. Vielleicht besteht dann durch die räumliche Integration die Chance einer verbesserten Abstimmung der Studiengänge in diesen chemischen Bereichen, und dann erst dann, wenn dieses geleistet ist, die Chance einer sinnvollen Kooperation zwischen Fachhochschule und Technischer Hochschule. Leider machen wir das ja in Hessen immer umgekehrt. Wir ernennen zuerst die gemeinsamen Professoren, und dann sehen wir zu, wie weit wir kommen mit einem integrierten gemeinsamen Lehrplan.

Nun haben, wie ich schon im Vorjahr betonte, die Mittel für Lehre und Forschung nicht mit der Entwicklung der Studentenzahl und dem vergrößerten Stamm des wissenschaftlichen Personals Schritt gehalten, überdies wurden sie durch die Kostensteigerung weiter gemindert.

Eine leichte Entspannung der Situation brachte uns das Wahljahr 1974, in dem der Hessische Landtag erstmals seit Jahren wieder einen Haushalt ohne die fast schon zur Gewohnheit gewordene Sperrung von 20% verabschiedete. Der Zynismus, die Aufhebung der Sperrungen als Zuwachs des Haushalts zu betrachten, hat natürlich einen gewissen Kommentar von unserer Seite zur Folge gehabt, und ein Wahlgeschenk war dies ja bei Gott auch nicht. Die Notwendigkeit, allen Hochschullehrern eine angemessene Mindestausstattung zu gewährleisten, um nicht gegenüber den durch Berufungszusagen gebundenen Mitteln eine allzugroße Lücke und damit Professuren zweiter Klasse entstehen zu lassen, und die Wiederherstellung der Relation Sachmittel je Wissenschaftler und Sachmittel je Student auf dem Stand des Jahres 1970 bestimmte den Voranschlag der Hochschule für den Doppelhaushalt 1975/76. Der Hessische Finanzminister hat, übrigens auch in einem persönlichen Gespräch, der Hochschule bestätigt, daß ihre Forderungen im Unterschied zu denen der Universitäten berechtigt und durch Verantwortungsbewußtsein getragen seien.

Doch läßt die durch vermindertes Steueraufkommen erheblich verschlechterte Finanzlage der Länder einschneidende Sparmaßnahmen befürchten, die alle Bereiche, auch die unserer Technischen Hochschule, treffen werden. Dazu kommt, daß der tertiäre Bildungsbereich nicht mehr, wie ich schon einmal

sagte, im Vordergrund der Bildungspolitik steht, und es muß auch ein schwindendes Interesse der Parlamentarier an den Belangen der Hochschulen registriert werden. Ich möchte aber an diesem Punkt sehr deutlich sagen, daß sowohl von der FDP als auch von der CDU, und ich freue mich sehr, daß Sie heute hier sind, Herr Sälzer, zu jeder Zeit durch die ganzen Jahre hindurch ein enger Kontakt gepflogen worden ist, und daß auch nach der Wahl sowohl die FDP als auch die CDU den Kontakt zu uns gesucht und aufgenommen hat. Nichts ist in dieser Richtung seitens der SPD passiert. Wir beobachten diese Distanz mit Sorge. Sie nimmt uns die Möglichkeit, neue und akute Aufgaben mit der gebotenen Intensität anzupacken. Ich denke dabei in erster Linie an die Einrichtung von Kontakt- und Aufbaustudiengängen, in denen im Sinne des lebenslangen Lernens im Beruf stehenden Absolventen der aktuelle Stand der Wissenschaft und der Fortschritt der Forschung vermittelt wird, um ihre Chancen im Beruf zu steigern und zu verbessern. Die Mitsprache und die Unterstützung Ihrer Vereinigung könnte nach meiner Meinung gerade auf diesem Gebiet der Hochschule besonders förderlich sein.

Lassen Sie mich ganz kurz nur auf die Drittmittelfrage eingehen, nachdem Sie, sehr verehrter Herr Toeller, ja bereits die Forschungspolitik und den Forschungsbericht gestreift haben. Die Drittmittelfrage und die damit aufgeworfenen Probleme möchte ich einleiten mit einer Bemerkung des Präsidenten der Forschungsgemeinschaft, Herrn Professor Mayer-Leibnitz, der kürzlich sagte: »In den Hochschulen ist auch die Zahl der Hochschullehrer und hoffentlich auch die Zahl derer, die unsere Bedingungen erfüllen, sehr gewachsen. Die Anforderungen an uns sollten – mit einer gewissen Verzögerung von vielleicht fünf Jahren – weniger stark, aber doch ähnlich wachsen. Das tun sie bisher nicht.« Ein Ergebnis unseres Forschungsberichts ist die Erkenntnis, daß Hochschulforschung und selbst Hochschullehre ohne Drittmittel heute nicht mehr möglich und denkbar ist. Von den 658 im ersten Forschungsbericht aufgeführten Projekten sind nur genau ein Drittel ausschließlich aus Haushaltsmitteln finanziert – dabei handelt es sich vorwiegend um Forschungsprojekte theoretischer und sozialwissenschaftlicher Fächer, während zwei Drittel aller Forschungsvorhaben – überwiegend aus den Gebieten experimenteller Natur- und Ingenieurwissenschaften – zumindest zusätzlich durch Drittmittel gefördert wurden. Bei den Drittmittelgebern handelt es sich in erster Linie um öffentliche oder aus öffentlichen Mitteln gespeiste Institutionen. Doch ist der Anteil der nichtstaatlichen Mittel an der THD mit 36,8% relativ hoch. Besonders eindrucksvoll belegt der Forschungsbericht die Bedeutung der Forschungsförderung für die Ausbildung junger Wissenschaftler: Im Rahmen von 70% der gemischt finanzierten, d. h. auch vorwiegend mit Drittmitteln finanzierten, Projekte ent-

standen im Erhebungsjahr 1972 Dissertationen, und in 58,8% dieser Projekte trugen Studien-, Diplom-, Magister- und Staatsexamensarbeiten, die man, als Bestandteil der Studienordnung, ausschließlich unter Lehre subsummiert, zum Forschungsergebnis bei.

Lassen Sie mich nun abschließend auf die hochschulrechtliche Situation zu sprechen kommen. Der Hessische Landtag hat am 5. September 1974 in seiner letzten Sitzung vor den Wahlen der Novellierung des Hessischen Universitätsgesetzes zugestimmt. Dabei blieb die Grundtendenz des Gesetzes im wesentlichen unangetastet, doch wurden einerseits verschiedene von den Hochschulen häufig monierte Mängel beseitigt, andererseits die sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Niedersächsischen Vorschaltgesetz ergebenden Konsequenzen in das Gesetz eingearbeitet, wobei leider nicht immer die sachgerechtesten Lösungen gefunden wurden. Es ist zu betonen, daß gerade die an der THD gemachten Erfahrungen, die die Funktionsfähigkeit der neuen Hochschulstruktur beweisen konnten, in Teilen dazu beitrugen, daß die Hochschulen schon frühzeitig zur Mitarbeit an der Novellierung herangezogen wurden und die gesamte Novellierungsdiskussion nicht ausschließlich den gesellschaftlichen Gruppen überlassen blieb. Lassen Sie mich über diese Neufassung folgendes ausführen: Die Neufassung behält auf der Zentralebene die 1970 geschaffene Universitätsstruktur mit den Entscheidungsgremien Konvent, Senat und Ständige Ausschüsse bei, während auf der Fachbereichsebene auf Grund der gesammelten Erfahrungen erhebliche Verbesserungen vorgenommen wurden. Der Konvent hat Kompetenzen nur noch in zwei Bereichen, er beschließt die Satzung und die Hausordnung, er wählt den Präsidenten und den oder die Vizepräsidenten. Kompetenzen der Ständigen Ausschüsse einerseits und des Senats andererseits sind nunmehr klarer voneinander abgegrenzt, so daß die bisherigen Diskussionen darüber, welches Gremium zuständig ist, in Zukunft wohl entfallen dürften. Der Senat ist konzentriert ausschließlich auf wenige Koordinationsaufgaben und vor allem auf die Angelegenheiten der Berufungsfragen. Alle anderen entscheidenden Angelegenheiten werden in den Ständigen Ausschüssen durchgeführt. Die Stellung des Präsidenten ist durch die Novellierung gestärkt worden. Ihm ist ausdrücklich die Kompetenz für alle Angelegenheiten eingeräumt worden, die nicht durch Gesetz einem anderen Organ zugewiesen sind. Er hat darüber hinaus eine Eil- und Notkompetenz, in allen Fällen zu entscheiden, in denen nicht rechtzeitig von anderen Organen entschieden werden kann.

Die paritätische Zusammensetzung der Ständigen Ausschüsse mußte geändert werden, um der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach einer quali-

fizierten Mehrheit der Professoren nachzukommen. Hier entschied sich der Gesetzgeber dafür, keiner Gruppe die Zahl ihrer Ausschußmitglieder zu beschneiden, sondern die Gesamtzahl der Ausschußmitglieder entsprechend zu erhöhen, bis die notwendige Parität erreicht ist. Wir bedauern diese Art der Lösung dieses Problems außerordentlich, denn die Ständigen Ausschüsse, die sämtlich bisher 9 Mitglieder zählten, haben sich u. a. wegen ihrer geringen Größe bestens bewährt. Nach der alten Regelung waren es 8 bis 9, nach der neuen sind es nun 11 bis 15 plus Stellvertreter plus gewählte Gäste, es kann also sein, daß wir nun 5mal Senatsgröße haben werden, ein organisations-technisch gesehen vollkommener Unsinn, nachdem wir jetzt endlich auf normale Sitzungszeiten und Sitzungsdauer gekommen sind. Der Unsinn ist zweitens durch die Gewerkschaften hereingebracht worden, weil sie mindestens zwei nichtwissenschaftliche Mitglieder in diesen Ausschüssen haben wollten. Das bedeutet aber, daß dann jeweils 3 Professoren dazu mußten, auf der anderen Seite, gleichzeitig mußten auf Grund des Karlsruher Urteils durch einen Vorschaltparagraphen die Stimmrechte dieser Nichtwissenschaftler beschnitten werden, denn diese dürfen in bestimmten Fällen nicht mitstimmen. Das ist nur ein kleines Beispiel, um zu illustrieren, womit man sich herumzuschlagen hat, ohne daß die Hochschule etwas davon hat. Auf der Fachbereichsebene werden durch die Einführung des Fachbereichsrates die bisherigen Fachbereichskonferenzen abgelöst. Dieser Wunsch kommt vor allem von den Universitäten; sie hatten z. T. Fachbereichskonferenzen mit 80 Mitgliedern, diese waren funktionsunfähig und ungefüge. Ich selber hoffe, daß bei uns in der Hochschule eine Regelung gefunden werden kann, die es immer ermöglicht, daß der Professor persönlich in den Fachbereichskonferenzen mitarbeitet und nicht repräsentiert werden muß durch einen anderen Kollegen, weil an einem Punkt meiner Meinung nach der Beamte auf Lebenszeit mitbestimmen und verantworten muß, was da geschieht, und nicht bereits auf dieser Ebene delegieren sollte. Die bisher noch kontroverse Frage der Fachbereichsunterstruktur wird durch das neue Gesetz ebenfalls geregelt. Der auch Ihnen vertraute Begriff Institut wird wieder eingeführt, wenn auch mit verändertem Inhalt. Bislang heißt das, was ich Institut benenne, Betriebseinheit. Die bisher noch aus der Zeit vor dem Universitätsgesetz von 1970 bestehenden Institute müssen aufgelöst werden. Bis zum 30. Juli 1975 sind neue Institute zu bilden.

Sofern für die Durchführung von Aufgaben eines oder mehrerer Fachbereiche bestimmte für wissenschaftliche Arbeit unerläßliche Sachmittel sowie entsprechendes Personal auf Dauer erforderlich sind, sollen wissenschaftliche oder

technische Einheiten, die ebenfalls die Bezeichnung Institut führen können, gebildet werden. Zur Durchführung zeitlich befristeter und sachlich begrenzter und bestimmter Vorhaben der Forschung und der Lehre können sich daneben Arbeitsgruppen konstituieren, deren Zusammensetzung nicht festgelegt ist. Gerade diese Kombination bedarf aber der genauen Definition, denn sonst haben Sie plötzlich Arbeitsgruppen, deren Zusammensetzung nicht definierbar ist, die eventuell keinen Hochschullehrer als Vorsitzenden haben, und in deren Aufgabenbereich Sie keine Kontrolle mehr haben, wo, in welcher Weise und unter wessen wissenschaftlicher Verantwortung Lehre und Forschung durchgeführt werden. Das ist nach meiner Meinung kein Fall, den wir hier an der Technischen Hochschule Darmstadt zu diskutieren brauchen, aber ich denke an Marburg und an Frankfurt, wo solche Fragen sicher sehr aktuell werden können; deswegen haben wir hier in Darmstadt für die ganz klare restringierende Formulierung für die Arbeitsgruppen gekämpft und auch durchgesetzt, wenn auch nicht ganz so, wie wir uns es vorstellten. Die Institute werden von einem Direktorium geleitet, dem alle Hochschullehrer des Instituts – es sollen mindestens vier sein – sowie je ein Vertreter der anderen Gruppen angehören. Einer der dem Institut angehörenden Professoren wird zum geschäftsführenden Direktor für eine Amtszeit von 1 bis 3 Jahren gewählt, wobei die dreijährige Amtszeit am schwierigsten durchzusetzen war. Man wollte ursprünglich die reine Demokratie des jährlich wechselnden Amtes haben. Entsprechend der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach Homogenität der Gruppe der Hochschullehrer sind im neuen Hessischen Universitätsgesetz die Eingangsvoraussetzungen für Dozenten, das sind Beamte auf Zeit für die Dauer von 6 Jahren, angehoben worden und entsprechen nun denen der Professoren. Auch für Dozenten müssen nunmehr Berufungsverfahren durchgeführt werden; sofern die bisherigen Dozenten den neuen Qualifikationserfordernissen nicht entsprechen, und das trifft für die Technische Hochschule, in allgemeiner Regel besonders für die Ingenieurwissenschaftlichen Fachbereiche, zu, gehören sie künftig korporationsrechtlich der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter an. Nur die neuen Dozenten bilden korporationsrechtlich mit den Professoren zusammen die Gruppe der Hochschullehrer.

Die Ausführung der neuen gesetzlichen Bestimmungen wird die Hochschule – ich glaube, das erkennen Sie jetzt auch schon – mindestens bis zum Ende des Sommersemesters 1975 beschäftigen. Als erstes muß die korporationsrechtliche Zuordnung der bisherigen Dozenten im einzelnen überprüft und geklärt werden, ein Teil der Dozenten alter Art wird in den Status eines Dozenten neuer Art sicherlich übergeleitet werden. Die notwendigen Ausführungserlasse

erwarten wir zum Jahresende. Die sich aus dem Gesetz ergebende Notwendigkeit der Neuwahl sämtlicher Gremien kann erst anschließend berücksichtigt werden. Die Wahlen werden deshalb im Sommersemester 1975 stattfinden. So kann man überblickend feststellen, auf der einen Seite sind Probleme abgestellt worden im neuen Gesetz, andererseits sind Probleme neu aufgeworfen worden, und drittens in entscheidenden Positionen z. B. auch bei der Definition der Homogenität der Gruppe der Hochschullehrer, und zwar in der Frage der zeitlichen Begrenzung und der nichtzeitlichen Begrenzung, scheinen mir verfassungsrechtlich gesehen die Probleme nicht gelöst zu sein. Nun: trotz der Bedenken und der Kritik, die an das neue Gesetz herangebracht werden, erhoffe ich mir und erwarte ich, daß es uns gelingen wird, die sachbezogene und von Verantwortungsbewußtsein getragene Zusammenarbeit aller Gruppen in den Entscheidungsgremien der Hochschule auch unter den Bedingungen des neuen Universitätsgesetzes zu erhalten und fortzusetzen. Ich wünsche mir dies besonders zum Wohle und im Interesse unserer Hochschule. Ich danke Ihnen.

Der Vorsitzende dankte dem Präsidenten für den von der Versammlung mit reichem Beifall aufgenommenen informativen Bericht und eröffnete die Aussprache. Es entwickelte sich eine lebhafte und anregende Diskussion, in deren Verlauf der Präsident auf Bitte von Herrn Henne die gesamte Organisationsstruktur der Hochschule, das Zusammenwirken der verschiedenen Gremien und ihre Kompetenzabgrenzung eingehend erläuterte. Von besonderem Interesse war auch die durch eine Frage von Herrn Kadegge ausgelöste Erörterung von Berufungsfragen und die Schilderung des Präsidenten, wie heute die Berufung eines Professors vor sich geht, und welche Instanzen hier ein Mitsprache- und Entscheidungsrecht haben, bevor im Kultusministerium die endgültige Entscheidung gefällt wird.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung

7. Verschiedenes

meldete sich Herr Kadegge zu Wort und regte an, man solle doch etwas unternehmen, um den Rückgang der freien Spenden aufzuhalten und die Kasse wieder zu füllen. Der Vorstandsrat könne dabei hilfreich sein. Herr Dr. Toeller verwies auf seine diesbezüglichen Ausführungen im Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr, wonach der engere Vorstand eine Aktion bei der Industrie bei der derzeitigen Wirtschaftslage für nicht erfolgversprechend gehalten und

deshalb zurückgestellt habe. Herr Kadegge stützt seine Anregung auf Erfahrungen einer anderen Förderergesellschaft, die vor etwa 6 Monaten eine erfolgreiche Aktion bei der Industrie durchgeführt hat. Damals war zwar die Wirtschaftslage nicht so angespannt wie heute, doch war die inflationäre Tendenz auch damals schon sehr deutlich. Herr Dr. Werner meinte, man könne ruhig eine Aktion starten, bei der man aber differenziert vorgehen solle. Manchen Branchen gehe es noch ausgezeichnet, und die betreffenden Firmen würden es auch nicht übelnehmen, wenn sie um Spenden angegangen werden. Ehrenpräsident Büchner steuerte Erfahrungen aus einer früheren schriftlichen Aktion der Vereinigung bei und hielt das Vorhaben auch deshalb für sehr schwierig, weil das Management in der Industrie immer unpersönlicher geworden sei. Herr Dr. Werner betonte, daß auch nach seiner Ansicht Anschreiben, die leicht im Papierkorb landen, nicht empfehlenswert seien. Eine persönliche Ansprache sei unbedingt erforderlich. Nach der Vorstellung von Dr. Werner sollte man zunächst die in Frage kommenden Firmen feststellen und diese dann unter die Vorstandsratsmitglieder nach ihren Beziehungen zu den Firmen aufteilen. Bei Sitzungen oder anderen Gelegenheiten könnten dann die Vorstandsratsmitglieder ein gutes Wort für unsere Vereinigung einlegen. Herr Dr. Toeller bedankte sich für diese Anregungen und sagte zu, daß sich der Vorstand in dieser Richtung bemühen wird.

Herr Blaum hat aus Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß Absolventen als potentielle Mitglieder der Vereinigung größten Wert darauf legen, daß sie bei Veranstaltungen der Vereinigung ihre Professoren bzw. ihre Coetanen, die Professoren geworden sind, treffen. Eine Mitgliederwerbung unter den Professoren sei deshalb sehr wichtig. Der Vorsitzende verwies darauf, daß die Vereinigung vor kurzem eine Werbeaktion unter den Professoren mit einem gewissen Erfolg abgeschlossen hat. Herr Dr. Ebert hat den Eindruck, daß die Spenden zunehmend empfängerbestimmt gegeben werden und als solche den Förderervereinen weniger willkommen seien. Herr Dr. Wenzel bestätigte diese Tendenz auch für unsere Vereinigung, die aber aus der Verwaltung der empfängerbestimmten Spenden den Vorteil zieht, daß sie die Zinsen, die bis zum Abruf des gespendeten Betrages anfallen, für ihr allgemeines Spendenkonto verwenden kann. Nach einer kurzen Pause hielt Herr Professor Dr.-Ing. Wolf-ram Boeck zu Nr. 8 der Tagesordnung den

Festvortrag

mit dem Titel »Hochspannungstechnische Probleme bei der Energieversorgung von Ballungsräumen«.

Der Autor, der mit seinen Arbeiten auf diesem Gebiet internationale Anerkennung gefunden hat, hat uns dankenswerterweise nachstehende Kurzfassung zur Verfügung gestellt:

Hochspannungstechnische Probleme bei der elektrischen Energieversorgung von Ballungsräumen

Ballungsräume sind kontinuierlich gewachsen. Wenn man dieses Wachstum beobachtet und entsprechende mittelfristige und langfristige Prognosen erstellt, ist es möglich, zukünftige Probleme rechtzeitig zu erkennen. Die entsprechenden Aufgaben zur Lösung dieser Probleme können frühzeitig in Angriff genommen werden. Im Bereich der Energieversorgung ist nach diesem Prinzip verfahren worden. Entsprechend sicheren mittelfristigen Prognosen wird das Energieversorgungsnetz unter Verwendung auf dem Markt verfügbarer Geräte so ausgebaut und mit derartig vielen Reserven versehen, daß es der zukünftigen Energienachfrage genügt. Die verwendeten Geräte haben jedoch Grenzleistungen und selbst bei optimaler Gestaltung des Netzplanes kommt der Zeitpunkt, daß Geräte mit höherer Leistung eingesetzt werden müssen. Die Entwicklung dieser neuen Geräte und Anlagen auf neuen physikalischen Prinzipien beruhend, sind aufwendig. Diese Entwicklungen müssen in Angriff genommen werden entsprechend einer langfristigen Prognose so frühzeitig, daß sie im Bedarfsfall bereitstehen. Mit dem wachsenden Energiebedarf pro Flächeneinheit und der wachsenden Größe der Ballungsräume wird es erforderlich mit immer höheren Leistungen in den städtischen Bereich hineinzugehen. Es müssen Kabel entwickelt werden, die eine hohe Energie übertragen können. Dies kann auf verschiedenen Wegen erreicht werden. Einmal kann die Stromtragfähigkeit erhöht werden durch äußere Kühlung der Kabel, durch innere Kühlung der Kabel oder aber durch eine Herabsetzung der Verluste im Innern. Auf der anderen Seite kann durch den Einsatz besonderer Isoliermittel oder aber bei Anwendung der Gleichspannungsübertragung die Betriebsspannung erhöht werden. Systeme mit Gasisolation lassen eine obere Grenzspannung heute noch nicht erkennen. Die Gasisolation eröffnet daher Entwicklungsmöglichkeiten, wie sie auf andere Weise nur schwer gegeben werden kann. Neben den Kabeln müssen aber auch die Schaltstationen für den Einsatz im innerstädtischen Bereich geeignet sein. Schon seit 1967 stehen derartige Kompaktschaltanlagen mit Gasisolation für die heute üblichen Spannungen von 110 kV zur Verfügung. Sie sind wesentlich früher, d. h. lange vor dem Aufruf zum Umweltbewußtsein konzipiert und entwickelt worden, um dann rechtzeitig für

den Netzausbau zur Verfügung zu stehen. Auch hier wird vorerst nur der Weg über die reine Gasisolation gesehen, um höhere Betriebsspannungen in derartigen Anlagen verwirklichen zu können. Heute vielfach in Verwendung ist Schwefelhexafluorid (SF_6), das natürlich besondere Eigenschaften hat, die bei der Konstruktion der Anlage insbesondere bei der Isolationsauslegung berücksichtigt werden müssen. Eine relativ hohe Streuung der Durchschlagsspannung hat einen besonderen Prüfaufwand im Prüffeld zur Folge, damit die dort geprüften Geräte den Anforderungen in der Praxis genügen. Ein besonderer Aspekt bei kompakten Schaltanlagen im innerstädtischen Bereich ist natürlich die Sicherheit. Durch ein geschichtetes Sicherheitssystem wird dafür Sorge getragen, daß neben einer hohen Betriebssicherheit auch eine besonders hohe Personensicherheit gewährleistet ist. Hierbei sind besondere Überlegungen notwendig, in welcher Weise Überspannungen durch geeignete Geräte begrenzt werden können. Ebenso werden besondere Anforderungen an die Schaltgeräte gestellt. All diese Untersuchungen und Forschungen müssen sich in einen Zeitplan einfügen, damit zum gegebenen Zeitpunkt die Ergebnisse für den Bau derartiger Anlagen zur Verfügung stehen. Dabei werden derartige Geräte und Anlagen entsprechend den besonderen Anforderungen natürlich im Vergleich zu konventionellen Freiluftanlagen und Freiluftgeräten relativ kostenaufwendig sein. Ihr Einsatz wird deswegen möglich sein, dort, wo es aus den Gegebenheiten heraus unumgänglich ist und überall dort, wo man bereit ist für die Vorteile, die derartige Anlagen bieten, in der Umweltgestaltung den entsprechenden Preis zu bezahlen.

Reicher Beifall und die anschließende lebhafte Diskussion waren ein Zeichen dafür, wie sehr das aktuelle Thema und seine souveräne Behandlung durch den Redner bei der Versammlung angekommen war.

Der Vorsitzende dankte Herrn Professor Boeck mit warmen Worten für den interessanten Vortrag und schloß die Mitgliederversammlung.

Zum Ausklang der Jahrestagung vereinte ein geselliger Abend mit Tanz Mitglieder und Gäste in der Otto-Berndt-Halle.

Ehrensator Dr.-Ing. Heinrich Toeller
Vorsitzender

Dr. Franz Wenzel
Schatzmeister und Schriftführer